

Europa Monitor

Nr. 10 im 2023



Deutschland

Protest gegen neue Ditib-Moschee

Die bisherige Ditib-Zentralmoschee in Wuppertal ist eingezwängt zwischen Geschäften und Wohnhäusern an einer großen Straße in der westdeutschen Stadt. Das kurze helle Minarett ragt kaum über das mehrgeschossige Nebengebäude hinaus.

Nun plant die türkische Gemeinde, auf die andere Straßenseite ziehen und das 6.000 Quadratmeter große heruntergekommene Areal umzugestalten – mit frei stehender großer Moschee, Kuppel und nadelartig aussehendem Minarett. Das Projekt umfasst ein Begegnungszentrum, Schulungsräume, Einzelhandel, betreutes Senioren-Wohnen und einen Kindergarten.

Eine große Stadtratsmehrheit aus SPD, CDU, Grünen und FDP hat dem Projekt zugestimmt, doch die Diskussion darum geht weiter. Besorgte Bürger starteten ein Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben. Wenn genug Menschen unterschrieben haben, muss sich der Rat erneut damit befassen und entscheiden, ob es zu einem Bürgerentscheid kommt. Seit fast 40 Jahren gibt es die alte Moschee an der Gathe, wie die Straße heisst. Längst gehört sie damit zur Stadtgesellschaft. Die Gemeinde, die als Verein organisiert ist, hat 548 Mitglieder und ist Anlaufpunkt für etwa 10.000 Menschen.

Ditib begleitet seit Langem ein Generalverdacht, der vor allem gegenüber der Moschee-Zentrale in Köln geäußert wird und auch ihre lokalen Ableger in den Kommunen trifft. So wurde auch in Wup-

pertaler Ratsvorlagen darauf hingewiesen, dass über den satzungsgemäß festgelegten religiösen Beirat „stets auch die Möglichkeit besteht, dass die türkische Religionsbehörde Diyanet Einfluss auf die Gemeinde nehmen kann“. Allerdings sehe man, „dass die theoretisch mögliche Einflussnahme des religiösen Beirates in der praktischen Handhabung und Ausrichtung der Gemeinde keine große, sondern abnehmende Bedeutung hat“.



Die neue Ditib-Moschee/ Photo: Ditib Wuppertal

Die Initiatoren des Wuppertaler Bürgerbegehrens sagen hingegen: „Dieser islamische Verein gehört dem Verband DITIB an, der von der Religionsbehörde des türkischen Staates unter dem derzeitigen Präsidenten Erdogan abhängig ist. Die extrem autoritäre, repressive und kriegerische Politik der Türkei wirkt sich auch in Deutschland und auch hier in Wuppertal aus.“

Einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens in Wuppertal ist selbst Mitglied im Stadtrat. „Wir ha-

ben nichts gegen Muslime und Moscheen. Aber wir haben etwas gegen Ditib, den verlängerten Arm von Erdogan," sagt er. Auch der Wuppertaler Ditib-Ableger schrecke nicht davor zurück, „Personen ein Forum zu bieten, welche Ideologien verbreiten, die den Nährboden bilden für die autokratische Entwicklung der Türkei und ihrer militärischen Obsession“.

Türkische Vereine bekämpfen Mahnmal für Genozid an Armeniern in Köln

Seit einigen Wochen steht eine 1,5 Meter große stählerne Stele auf einem kleinen Platz an der Hohenzollernbrücke in Köln. Das Denkmal erinnert an den zwischen 1915 und 1916 vom Osmanischen Reich begangenen Genozid an bis zu 1,5 Millionen Armeniern.

Seit Jahren gibt es Auseinandersetzungen über das Mahnmal. Es wurde nicht von der Stadt errichtet, sondern musste gegen diese durchgesetzt werden. Im April wurde es dann für die Gedenkfeier der Armenischen Gemeinde Köln anlässlich des Genozid-Gedenktags wieder aufgebaut. Dafür gab es eine vorübergehende Sondergenehmigung. Die Bezirksvertretung hatte zuvor einen Beschluss verabschiedet, dem zufolge das Mahnmal zukünftig an »prominenter Stelle« stehen solle. Den genauen Ort solle eine Findungskommission ermitteln. Bis dahin solle das Mahnmal ein Jahr lang mit einer Sondergenehmigung an einem »sicheren Ort« aufgestellt werden dürfen. Eine endgültige Entscheidung müsste jedoch

einem 2016 gegründeten Initiativforum türkischer Vereine und Verbände in Köln und Umgebung (KIT) haben sich über 50 Kölner Organisationen zusammengetan. Auf ihrer Website heißt es, hinter dem Mahnmal stehe eine „Gruppe innerhalb der Kölner armenischen Gemeinde“, die den Wunsch habe, „durch Türkenfeindlichkeit Karriere in Deutschland zu machen“. Das „Pseudo-Genozid-Mahnmal“ wolle durch ein Gedenken an den „sogenannten Armenischen Völkermord“ den „Hass zwischen den Gesellschaften“ säen. Mitglied beim KIT sind u.a. Vereine des Recep Tayyip Erdogan –unterstehenden Religionsverbands Ditib und die Union Internationaler Demokraten (UID), die auf der Website noch unter ihrem alten Namen UETD aufgeführt wird. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz bezeichnet die UID in seinem aktuellen Bericht als „Vorfeld- und Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP und damit die wichtigste Einflussnahmeorganisation der türkischen Diaspora-Politik in Nordrhein-Westfalen“. Es war diese UID, die Anfang Mai vor dem Kölner Dom gegen das ihrer Ansicht nach „einseitige und belastende Denkmal für den sogenannten armenischen –Völkermord“ demonstrierte.



Mahnmal/ Photo: Initiative Völkermord Erinnern

der Stadtrat treffen. Mittlerweile hat die Kölner Politik den Antrag, die Sondergenehmigung zu verlängern, abgelehnt. Das Mahnmal müsse nun –beseitigt werden.

Nun wurde deutlich, dass türkische Vereine die Lobbyarbeit gegen das Mahnmal anführen. In

Europäische Union

Katargate I: Frühere EP-Vizepräsidentin mit Bewegungsfreiheit

Eine der Hauptfiguren des als „Katargate“ bekannt gewordenen Skandals im Europäischen Parlament, Eva Kaili, darf sich erstmals aus Belgien fortbewegen. Die frühere Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die wegen Korruptionsverdachts vier Monate in Untersuchungshaft saß, durfte an der Plenartagung in Straßburg als unabhängige Abgeordnete teilnehmen.

Seit ihrer Freilassung wurden gleich drei Interviews mit ihr veröffentlicht, von der französischen Zeitung „Libération“, vom italienischen „Corriere della Sera“ und im Videoformat von „El Mundo“ aus Spanien. Der für den Fall verantwortliche Untersuchungsrichter Michel Claise hatte zwar Ende Mai den Hausarrest aufgehoben, in dem sich Kaili zwei Monate lang nach ihrer Entlassung aus der U-Haft befand; sie muss seither keine elektronische Fußfessel mehr tragen. Doch gehört zu den Auflagen, dass sie sich nicht gegenüber Medien zu ihrem Fall äußert, schließlich laufen die Ermittlungen weiter.



Eva Kaili in Strasbourg/ Photo: AFP

Kaili stellt sich nun als Opfer einer großen Verschwörung dar. „Aus der Gerichtsakte erfuhren meine Anwälte, dass die belgischen Geheimdienste die Aktivitäten der Mitglieder des Pegasus-Sonderausschusses überwacht hätten“, sagte sie der italienischen Zeitung. Dabei handelt es sich um einen Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments, der im März 2022 eingesetzt wurde, um den Einsatz der Spähsoftware Pegasus aufzuklären. „Die Tatsache, dass gewählte Abgeordnete von den Geheimdiensten ausspioniert werden, sollte Anlass zu größerer Sorge um die Gesundheit unserer europäischen

Demokratie geben“, so Kaili. Das sei „der eigentliche Skandal“.

In den Interviews konnte Kaili die Verdachtsmomente gegen sie nicht plausibel entkräften. Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter gegen sie und weitere Beschuldigte wegen des Verdachts auf Geldwäsche, Korruption und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. In U-Haft sitzt keiner der Beschuldigten mehr, für Francesco G. und den Europaabgeordneten Marc Tarabella wurde ebenfalls der Hausarrest aufgehoben. Nur Panzeri selbst trägt noch eine elektronische Fußfessel. Der Europaabgeordnete Andrea Cozzolino wehrt sich weiter in Italien gegen seine Überstellung nach Belgien. Alle Beschuldigten pochen auf ihre Unschuld, mit Ausnahme Panzeris.

Generalbundesanwalt Van Leeuw warnte vor falschen Schlüssen. „Das Ende einer U-Haft hat für die Prüfung in der Sache nichts zu bedeuten“, sagte er „Le Soir“. Haft könne nur bei Flucht-, Verdunkelungs- und Tatbegehungsgefahr verhängt werden, also unter engen Voraussetzungen, die alle gerichtlich kontrolliert werden. Insgesamt seien 15 Ermittler mit dem Fall beschäftigt. Es handle sich um ein „komplexes Dossier“, sagte Van Leeuw und ließ erkennen, dass sich die Zusammenarbeit etwa mit katarischen Behörden als schwierig gestaltet. Er äußerte die Hoffnung, dass die Ermittlungen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden können.

Katargate II: Neue Lehren aus dem Skandal

Das Europäische Parlament war schlecht vorbereitet, als der Korruptionsskandal rund um Bestechung aus Qatar und Marokko bekannt wurde. Interne Kontrollen und Regeln waren lax. Wer aus dem Parlament ausschied, konnte nahtlos als Lobbyist weiterarbeiten und musste sich nicht einmal registrieren, wenn er für eine Nichtregierungsorganisation arbeitete. „Bis jetzt sind keinerlei Schritte ergriffen worden, um gegen die Kultur der Straflosigkeit vorzugehen, die sich über viele Jahre entwickeln konnte“, urteilt die Organisation Transparency International in einem neuen Bericht.

Ein Schritt, der bisher fehlt, betrifft ein unabhängiges Ethikgremium, das gemeinsame Verhaltensregeln für alle EU-Institutionen vorschreibt. Nun hat die EU-Kommission ihren lange erwarteten Vorschlag präsentiert. Der setzt einen engen und ehrgeizigen Zeitplan. „Wir möchten, dass das

Ethikgremium so schnell wie möglich eingerichtet wird, damit es vor der Europawahl die Standards setzen kann“, sagte die für das Thema verantwortliche Vizepräsidentin Vera Jourova. Die Bürger sollten vorher wissen, welche Regeln für jene gelten werden, die um ihr Vertrauen bitten.

Ein neu einzurichtendes Gremium soll sechs Monate Zeit haben, um sich auf Mindeststandards in acht Bereichen zu verständigen. Die würden dann für alle politischen Vertreter der Institutionen gelten – einen Kreis von insgesamt rund 1500 Personen, unter ihnen 705 Europaabgeordnete. Für die Beamten gibt es längst einheitliche Regeln.

Die acht zu regelnden Themenfelder sind: die Erklärung von Interessen und Vermögenswerten, die Amtsträger abgeben müssen, Nebentätigkeiten, die Annahme von Geschenken, die Annahme

von Auszeichnungen, Tätigkeiten nach dem Ende der Amtszeit, die Transparenz von Treffen mit Interessenvertretern sowie Standards für die Überwachung der Regeln und für Sanktionen bei Verstößen. Auf allen Feldern gibt es derzeit erhebliche Abweichungen zwischen den Institutionen. Worauf sich das Ethikgremium verständigt, ist offen. In jedem Fall soll es ein Mindeststandard sein, über den jede Institution hinausgehen kann. Eine Blockade soll durch die Fristen im Vorschlag unterbunden werden. Die Kommission droht intern schon damit, dass sie im Fall des Falles vor den Europäischen Gerichtshof ziehen würde, wenn die Zeitvorgaben nicht eingehalten werden. Eine schnelle Einigung ist jedoch unwahrscheinlich, weil gerade für das Parlament viel auf dem Spiel steht und ein unabhängiges Ethikgremium dort umstritten bleibt.

